

II- 360 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 210 J

1979 -11- 22

A N F R A G E

der Abgeordneten Huber, *Di Ermacora*  
und Genossen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend die finanzielle Schlechterstellung der Grundwehr-  
diener gegenüber Lehrlingen und sonstigen in Aus-  
bildung begriffenen Jugendlichen

Im Hinblick auf die den Schülern und Studenten gewährten Sozialbeihilfen müssen in Österreich die Grundwehrdiener als Menschen zweiter Kategorie bezeichnet werden. Dies ist aus der rechtlichen Behandlung im Bezug auf die Beihilfengewährung abzuleiten. Die sozialrechtliche Behandlung der Grundwehrdiener ist ein negatives Musterbeispiel für die ungerechtfertigte ungleiche Behandlung verschiedener Bevölkerungsgruppen. Diese widerspricht eklatant dem in der Bundesverfassung festgelegten Gleichheitsgrundsatz, wonach Gleiches nur gleich behandelt werden darf.

Die derzeitige Regelung des Familienunterhaltes bzw. des Familienbeihilfenanspruches der Wehrpflichtigen steht aber in krassem Widerspruch zum erwähnten Gleichheitsgrundsatz der Bundesverfassung.

Da früher der Wehrpflichtige zum Zeitpunkt des Antritts des Präsenzdienstes demjenigen Personenkreis zugezählt wurde bzw. angehört hat, auf den das Kinderbeihilfengesetz in der damaligen Fassung Anwendung fand, blieben die Ansprüche nach dem Kinderbeihilfengesetz während der Dauer des Präsenzdienstes voll gewahrt. Das gleiche galt hinsichtlich der Ernährungsbeihilfen und des Ergänzungsbeitrages aus dem Familienlastenausgleichsgesetz.

- 2 -

Heute gestaltet sich diese Beihilfe nach der geltenden Rechtslage jedoch so, daß Kinderbeihilfen oder Ergänzungsbeihilfen um den aliquoten Teil gekürzt werden.

Es stellt sich daher in diesem Zusammenhang die Frage, wie weit die ungerechtfertigte Benachteiligung der Familien mit Grundwehrdienern bzw. diese selbst durch die Aliquotierung und die Herabsetzung des Anspruchs in ihrer wirtschaftlichen Existenzfähigkeit und finanziellen Sicherheit gefährdet werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e :

- 1) Was gedenken Sie zu tun, die sachlich nicht begründete finanzielle Schlechterstellung der Grundwehrdiener gegenüber den übrigen in Ausbildung oder in einem Lehrverhältnis stehenden gleichaltrigen Kollegen zu beseitigen?
- 2) Läßt sich feststellen, inwieweit diese finanzielle Benachteiligung eine negative Beeinflussung des Wehrwillens zur Folge hatte bzw. hat?
- 3) Wann ist grundsätzlich mit einer Neuregelung der sozialrechtlichen Bestimmungen für Grundwehrdiener auch mit freiwillig verlängertem Präsenzdienst zu rechnen?